

„Stadträte streuen gezielt Falschinformationen“

Und noch ein Brief zum Artikel „Das Hallenbad braucht einen zentralen Standort“ (HT am 14. Februar):

Mehr Fairness bitte: Das Recht auf ein Bürgerbegehren ist in Paragraph 21 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg garantiert. Dennoch versuchen einzelne Stadträte und Vertreter der Stadtwerke dieses Bürgerbegehren zu torpedieren, teils mit repressiven, teils mit antidemokratischen Mitteln. So berichten einige Geschäftsleute und Praxismitarbeiter, dass sie von Gemeinderatsmitgliedern und von Stadtwerke-Mitarbeitern verbal bedrängt wurden, ausgelegte Unterschriftenlisten zu entfernen.

Ein Stadtrat forderte einen Elternvertreter einer Crailsheimer Schule dazu auf, sich neutral zu verhalten, obwohl Elternvertreter nach Paragraph 57 des Schulgesetzes den Auftrag haben, die Interessen der Eltern ihrer Schule zu vertreten. Und diese sind durch den Hallenbad-Standort eindeutig betroffen. Andere Stadträte streuen gezielt Falschinformationen, um Bürger gegen das Bürgerbegehren aufzustacheln. So zum Beispiel die Fehlinformation, dass ein Neubau in der Innenstadt bedeuten würde, dass die Stadt mindestens zwei Jahre kein Hallenbad hätte, weil das alte Gebäude erst abgerissen werden müsste. Dabei möchten die Akteure des Bürgerbegehrens explizit, dass ein alternativer Standort in der Kernstadt gewählt wird. Dort kann das neue Bad gebaut werden, während das alte noch in Betrieb ist. Nach Auskunft der Stadtverwaltung gibt es mehrere Standorte in der Innenstadt, die dafür prinzipiell in Frage kommen.

Da frage ich mich: Was für ein Demokratieverständnis haben Stadträte, die mit Repressionen und Fehlinformationen agieren? Dabei verstehe ich gar nicht, weshalb diese so handeln. Das Bürgerbegehren ist doch keine persönliche Kritik an den Gemeinderatsmitgliedern, die am 13. Dezember für den Standort Maulachtal gestimmt haben. Vielmehr geht es darum, dass bei der Entscheidung im Dezember noch nicht ausreichend Zahlen und Fakten auf dem Tisch lagen, um eine fundierte Entscheidung über die Investition von 17 Millionen Euro in die öffentliche Infrastruktur zu treffen. Ein Bürgerentscheid würde Zeit schaffen, um diese Informationen zu sammeln und zu veröffentlichen; zum Beispiel Transportkosten für Schüler, Kosten für neue Buslinien ins Maulachtal oder die tatsächlichen Einsparungen durch Synergieeffekte mit dem Freibad. Es sollte den Bürgern auch erklärt werden, welche Angebote im neuen Hallenbad zu erwarten sind – und welche nicht. Auf dieser Faktenlage könnte dann die Standortentscheidung nochmals getroffen werden. Vielleicht für, vielleicht gegen den Standort Kernstadt. Wäre das nicht im Sinne aller Bürger?

Ich würde mir von jedem Gemeinderatsmitglied wünschen, dass er/sie dem Bürgerbegehren nicht feindlich begegnet, sondern es als das anerkennt, was es ist: Eine Chance auf eine fundierte Standortentscheidung für das neue Hallenbad.

Ralf Eisenbeiß, Elternbeiratsvorsitzender des ASG, Satteldorf